

Deutsch-Tschechische Beziehungen im 21. Jahrhundert – Perspektiven für die Zukunft.

**Horst Teltschik
Prag, 23. April 2012**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Es ist für mich noch immer etwas Besonderes, hier bei Ihnen in Prag, in der tschechischen Republik zu sein. Ich bin in diesem Land geboren. Meine Geburtsurkunde ist in tschechischer Sprache geschrieben. Die Wurzeln meiner Familie in Nordmähren reichen urkundlich bis 1301 zurück. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1990 die Stadt Telc besuchte, sandte er mir spontan einen Kartengruß.

1988 begleitete ich Bundeskanzler Helmut Kohl auf seiner Reise nach Prag. Das Gespräch mit MP Lubomir Strougal war mit der Hoffnung verknüpft, in ihm einen Partner zu finden, der zu Reformen bereit sein könnte. Doch die Gespräche mit Präsident Husak und vor allem mit GS Milos Jakes waren ernüchternd. Ich selbst führte im Auftrag des Bundeskanzlers ein Gespräch mit Mitgliedern der Charta 77. Leider war Vaclav Havel nicht dabei. Er hat als Schriftsteller und Präsident unendlich viel für das Ansehen des tschechischen Volkes in der Welt getan. Und er war ein großartiger Wegbereiter für die deutsch – tschechische Verständigung.

Heute ist die tschechische Republik Mitglied der Atlantischen Allianz und der EU. Für mich ist das immer noch ein Traum, der wahr geworden ist. Vor 20 Jahren wurde zwischen unseren beiden Ländern der Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag

unterzeichnet. Er war auf beiden Seiten nicht unbestritten. Die jüngsten Besuche von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des bayerischen MP Horst Seehofer in Prag haben aber gezeigt, wie sehr sich die Beziehungen zum Positiven entwickelt haben.

Als Sudetendeutscher lassen Sie mich hinzufügen: In meiner Familie – und sie ist groß – gab es nie Diskussionen über irgendwelche Ansprüche. Im Gegenteil! Viele haben neue Freundschaften mit tschechischen Bürgern in der alten Heimat begründet und materiell geholfen, Kirchen und Gedenkstätten zu restaurieren. Und rückblickend bin ich dankbar, dass ich nicht in einem kommunistischen System aufwachsen musste. Präsident Vaclav Klaus sagte mir einmal in den neunziger Jahren: Würde man öffentlich weniger über die Benes – Dekrete reden, wäre manches möglich. Überlassen wir das Thema nachkommenden Generationen.

Heute gehören wir gemeinsam der europäischen und transatlantischen Familie an. Damit sind wir gemeinsam für das Wohl und für die Sicherheit unserer Bürger verantwortlich. Nationale Entscheidungen in unseren Ländern müssen deshalb heute stets auch die Auswirkungen auf die Bündnispartner im Blickfeld haben. Das gilt für alle, auch für die USA, wenn es um Fragen der Sicherheit im weitesten Sinne geht.

Wenn wir jetzt über die Perspektiven für die Zukunft sprechen, möchte ich zwei Aufgaben in den Mittelpunkt stellen, die uns aus meiner Sicht besonders interessieren müssen. Es geht um die Beziehungen zu unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn und um die zukünftige Entwicklung Gesamteuropas mit dem Schwerpunkt der Beziehungen zu Russland.

Es war im Mai 2009 hier in Prag, als die EU gemeinsam mit der Ukraine, mit Weißrussland, der Republik Moldau, Armenien, Georgien und Aserbeidschan die Östliche Partnerschaft ins Leben rief. Ziel war es, die Reformprozesse in den östlichen Partnerländern zu unterstützen und damit die Perspektive für eine gemeinsame, wie auch immer geartete Zukunft zu eröffnen.

Es liegt noch viel Arbeit vor uns: Weißrussland, noch immer eine Diktatur an der Ostgrenze der EU, mit Sanktionen belegt, Mitglied der Zollunion mit Russland und Kasachstan und Aspirant für die Eurasische Union – mehr Gegner als Partner. Die Ukraine laviert zwischen Russland und der EU. Ein Assoziierungsabkommen ist unterschriftsreif, aber durch die Prozesse gegen ehemalige Mitglieder der Regierung von Julia Timoschenko und gegen sie selbst blockiert. Gleichzeitig versucht Moskau, die Ukraine für die Eurasische Union zu gewinnen.

Frozen conflicts kennzeichnen seit über 20 Jahren die Staaten: Republik Moldau mit Transnistrien; Georgien und Aserbeidschan / Armenien mit Nagorny Karabach. Georgien hat uns 2008 gelehrt, dass ein frozen conflict über Nacht ein heißer Krieg sein kann.

Es gibt eine Reihe von Expertengruppen, die so unterschiedliche Themen behandeln wie Freihandel, Förderung von mittleren und kleinen Unternehmen, Umwelt und Klimawandel. Von besonderer Bedeutung bleibt das Thema Visa – Liberalisierung. Nichts kann die Entwicklung der Zivilgesellschaft mehr fördern als ein reger Austausch der Bürger.

Die neuen Beitrittsländer der EU wie die tschechische Republik, Polen und die baltischen Staaten sollten sich in besonderer Weise diesen Aufgaben annehmen. Sie bringen die Erfahrungen ihrer eigenen Transformation mit, auch ihre Erfahrungen aus den Beitrittsverhandlungen mit der EU. Wenn die Idee Mitteleuropa noch eine Perspektive haben soll, dann als besonderer Partner und Antreiber für die enge Zusammenarbeit und Nachbarschaft mit Osteuropa. Und da schließe ich die Bundesrepublik Deutschland mit ein. Die größte Gefahr wäre ein Stillstand der Bemühungen. Wir – die Mitteleuropäer - sollten gemeinsam Motor einer aktiven und kreativen Nachbarschaftspolitik innerhalb der EU, aber auch bilateral sein.

Der Erfolg dieser Bemühungen wird aber entscheidend davon abhängen, ob und wie es uns in der EU, in der NATO wie bilateral gelingen wird, zukünftig die Beziehungen zu Russland zu entwickeln. Russland ist Teil Europas, versteht sich als Teil Europas und gehört zu Europa. Ein frei schwebendes Russland als zweitgrößte Nuklearmacht der Welt und seiner imperialistischen Geschichte könnte wieder zu einer potentiellen Bedrohung werden. Und es ist doch offensichtlich, dass wir unsere östliche Nachbarschaftspolitik, ob multilateral oder bilateral, nicht ohne Mitwirkung oder Einvernehmen mit Russland dauerhaft und friedlich gestalten können.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir schon 1990 am Höhepunkt der friedlichen Revolution in Europa mit einer großen und aus meiner Sicht mit einer großartigen Vision für Europa gestartet sind. Im November 1990 haben alle 35 Staats- und Regierungschefs auf dem KSZE – Gipfel in Paris die „Charta für ein neues Europa“ unterzeichnet. Dieser Charta lag die Idee einer gesamteuropäischen Friedens- und

Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok zu Grunde, ein „Gemeinsames Europäisches Haus“, wie es Präsident Gorbatschow nannte, in dem alle Bewohner gleiche Sicherheit und Freiheit erfahren sollten. Welch ein Traum! Die heutige OSZE als Nachfolgeorganisation der KSZE führt ein Schattendasein. Der Wiederbelebungsversuch im Dezember 2010 in Astana war ein Trauerspiel.

Die EU wie die Bundesrepublik Deutschland haben eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit Russland begründet. Sie ist ohne Substanz geblieben. Präsident Clinton hatte schon Präsident Jelzin mündlich und schriftlich angeboten, Mitglied der NATO zu werden. Für Jelzin kam diese Anfrage zu früh.

EU – Kommissionspräsident Romano Prodi hatte Präsident Putin vorgeschlagen, eine Gesamteuropäische Freihandelszone zu entwickeln. Doch weder die EU – Kommission noch einzelne EU – Mitgliedsstaaten haben sich engagiert.

Große Pläne, doch was haben wir tatsächlich erreicht?

1997 wurde ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland abgeschlossen. Es ist 2007 ausgelaufen. Ein neues Abkommen soll folgen. Bekanntlich geht es um die Zusammenarbeit in vier „Gemeinsamen Räumen“: (1) Wirtschaft; (2) Freiheit, Sicherheit, Justiz; (3) Äußere Sicherheit und (4) Forschung, Bildung und kulturelle Aspekte. Die Ergebnisse der bisherigen 10-jährigen Zusammenarbeit in diesen vier Bereichen waren für beide Seiten unbefriedigend. Jetzt verhandeln beide Seiten im fünften Jahr in 30 Arbeitsgruppen ein Folgeabkommen. Die Öffentlichkeit ist ausgespart. Keiner kennt die Ziele und Inhalte der Verhandlungen. Eine gemeinsame strategische Vision scheint zu fehlen.

Ziel dieser Verhandlungen kann nicht die Mitgliedschaft Russlands in der EU sein, aber es sollte ein besonderer Status sein, eine Art privilegierte Partnerschaft, eine strategische Assoziierung z.B. in der Art, wie ihn sich die Schweiz oder Norwegen erarbeitet haben. Diese haben Einfluss und profitieren von den rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der EU. Die Strategie für Russland könnte sein, fähig zur Integration zu werden, ohne sich zu integrieren. Russland würde sich neue Möglichkeiten für seine Modernisierung eröffnen, und die EU würde einen wichtigen Partner in Europa gewinnen.

Im Mai 2002 wurde der NATO – Russland – Rat gegründet. In seiner ersten wirklichen Bewährungsprobe während des Georgienkrieges versagte er. Auf dem NATO – Gipfel im November 2010 in Lissabon wurde in Anwesenheit von Präsident Medwedew vereinbart, gemeinsam ein Raketenabwehrsystem zu errichten. Das setzt intensive Zusammenarbeit, Kommunikation und Transparenz zwischen allen beteiligten Staaten und deren Einverständnis zur Verifikation voraus. Dieses Projekt könnte die wechselseitigen Beziehungen grundlegend verändern und eine neue weitreichende Vertrauensbasis schaffen. Es wird dabei entscheidend auf die europäischen Bündnispartner ankommen, ob die USA am Ende zu dieser Kooperation mit Russland bereit sind.

Russland wird in diesem Jahr der WTO beitreten. Außerdem laufen erfolgreiche Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Russlands in der OECD. Beide Mitgliedschaften werden zu wichtigen Strukturanpassungen in der russischen Wirtschaft führen und die Zusammenarbeit erleichtern und intensivieren. Dafür sprechen die Erfahrungen, die nach dem Beitritt Chinas zur WTO gemacht wurden. Damit könnte der Zeitpunkt

gekommen sein, die Idee einer gesamteuropäischen Freihandelszone wieder aufzugreifen. MP Putin hatte im November 2010 diesen Vorschlag Prodis wieder aufgegriffen und eine „harmonische Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“ vorgeschlagen. Das gemeinsame Ziel sollte die volle Freizügigkeit nicht nur für Waren und Dienstleistungen sondern auch für Personen sein.

Ein zusätzliches Thema könnte der Vorschlag einer europäischen Energiegemeinschaft mit vereinbarten Regeln und wechselseitigen, sich überkreuzenden Mitgliedschaften sein. Energieminister Sergej Schmatko hatte im November 2010 in Brüssel die Errichtung einer permanenten europäisch – russischen Energieplattform angeregt. Ziel soll die Errichtung eines europäisch – russischen Zentrums sein, das Informationen, Dokumente und neue Entwicklungen gemeinsam aufarbeitet, um gemeinsame Entscheidungen und langfristige Verträge vorzubereiten. Günter Öttinger, der deutsche EU – Kommissar für Energie, hatte positiv darauf reagiert. Die Verhandlungen dauern an. Langfristige Spielregeln für eine Energie- und auch Rohstoff – Kooperation zwischen der EU und Russland wären im beiderseitigen Interesse.

Doch wie groß ist tatsächlich der Wille und die Bereitschaft auf beiden Seiten zur Zusammenarbeit? Im September letzten Jahres haben sich die Präsidenten von Russland, Weißrussland und Kasachstan in Moskau auf weitere Schritte zur wirtschaftlichen Integration geeinigt. Die bestehende Zollunion soll in diesem Jahr zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum weiter entwickelt werden, basierend auf den Normen der WTO und offen für weitere Mitglieder. Das soll zu einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“ führen. Im Oktober

2011 haben acht GUS – Staaten ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, darunter die Ukraine.

Dazu soll eine Eurasische Wirtschaftskommission gegründet werden, die diesen Integrationsprozess vorantreiben soll. Sie wäre ein supra - nationales Organ, an das nationale Befugnisse übertragen werden. Ein der Kommission übergeordnetes Gremium wird der „Oberste Eurasische Wirtschaftsrat, in dem die Staats- und Regierungschefs vertreten sein werden. Als Fernziel soll eine politische Gemeinschaft, die „Eurasische Union“, entstehen. Nach MP Putin soll die Eurasische Union auf „gemeinsamen Werten von Freiheit, Demokratie und Marktgesetzen“ gründen.

Entscheidend wird sein, ob Russland die Eurasische Union als eine Alternative oder als einen zukünftigen Partner der EU versteht. Wird dieser Prozess die Zusammenarbeit fördern oder erschweren oder gar ausschließen? MP Putin will „ein ökonomisch logisches und balanciertes System der Partnerschaft zwischen der Eurasischen Union und der EU“, das „die realen Bedingungen für eine Veränderung der geopolitischen und geo - ökonomischen Konfiguration des ganzen Kontinents schaffen“ kann. Er sieht die Eurasische Union in einer multipolaren Welt als eines der Pole, das „die Rolle einer effektiven Verbindung zwischen Europa und der dynamischen asiatisch – pazifischen Region spielen kann“.

Am Ende wird es von beiden Seiten abhängen, wie sich die Beziehungen zwischen Russland und der EU entwickeln. Beide müssen die Zusammenarbeit wollen und daran arbeiten. Beide Seiten haben eine Bringschuld. Die mittel- und nordeuropäischen Staaten sollten die Motoren sein für einen offenen und konstruktiven Dialog und für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und

Russland. Die Rückkehr Putins in das Amt des Präsidenten könnte neue Chancen eröffnen.

Perspektiven für die Zukunft unserer beider Länder setzen enge und freundschaftliche Beziehungen auf bilateraler Ebene voraus. Das ist für mich selbstverständlich, weil wir inzwischen der gleichen politischen Familie angehören. Damit sind Familienstreitigkeiten nicht ausgeschlossen. Auch der Friede in einer Familie ist nicht Gott gegeben, sondern muss ständig erarbeitet werden. Die Zukunft unserer Länder wird aber entscheidend von der Gesamtentwicklung unseres Kontinents und von globalen Entwicklungen abhängig sein. Das ist vielen Bürgern in unseren Ländern noch nicht bewusst. Wir müssen mehr darüber reden, denn das heißt, dass die Verantwortlichkeit unserer Völker über die Grenzen des eigenen Staates hinausreichen muss.